CSU Fraktion im Bezirksausschuss 9
Neuhausen-Nymphenburg

Initiative: Nima Lirawi, Antonia Waldner, Sabine Nasko

CSU Fraktion im BA 9

Fraktionssprecherin

Gudrun Piesczek

Stellvertr. Sprecher

Steffen Rekittke

Mitglieder

Simon Herzog
Laurenz Kiefer
Nima Lirawi
Sabine Nasko
Susanne Rugel
Wolfgang Schwirz
Antonia Waldner

Anfrage: Prüfung der künftigen Ausgestaltung der Zuständigkeiten Antisemitismusprävention im Stadtbezirk

Antrag:

Der Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg möge folgende Anfrage beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und dem Bezirksausschuss zu berichten, ob und in welcher Form die derzeit bestehende Funktion eines/einer Beauftragten gegen Rechtsextremismus

- beibehalten,
- umbenannt,
- inhaltlich erweitert
- oder organisatorisch neu gefasst werden kann;

um eine zusätzliche bzw. erweiterte Zuständigkeit zur Antisemitismusprävention zu schaffen.

Im Rahmen der Prüfung sollen insbesondere dargestellt werden:

- die inhaltlichen Zuständigkeiten und Abgrenzungen,
- mögliche Synergien oder Doppelstrukturen,
- organisatorische, personelle und finanzielle Auswirkungen,
- bestehende rechtliche und haushaltsrechtliche Rahmenbedingungen,
- sowie Erfahrungen oder Vergleichsmodelle anderer Kommunen.
- eine Empfehlung bzgl. der Möglichkeit einer externen Besetzung.

Der Bezirksausschuss behält sich eine Entscheidung auf Grundlage des Prüfergebnisses ausdrücklich vor.

Begründung:

Der Bezirksausschuss 09 hat im Jahr 2024 per Beschluss klargestellt, dass seine Beauftragten gegen Rechtsextremismus auch für jegliche Form von Antisemitismus zuständig sind. Um in Zukunft deutlicher die Zuständigkeit auch nach außen kommunizieren zu können wäre eine dauerhafte Lösung wünschenswert.

Auch im Stadtbezirk Neuhausen-Nymphenburg und der Stadt München insgesamt kam es

wiederholt zu antisemitischen Vorfällen, die zeigen, dass unterschiedliche Phänomenbereiche existieren und präventiv adressiert werden müssen. Beispiele hierfür sind unter anderem

• **Schutz jüdischen Lebens:** Die Frage der Sicherheit jüdischen Lebens stellt sich nicht nur im institutionellen Kontext, sondern auch im Alltag. Medienberichte thematisieren, wie jüdische Bürgerinnen und Bürger in München bei öffentlichen Veranstaltungen und im Alltag über Sicherheitsbedenken berichten und Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens diskutiert werden.

• **Antisemitismus-Debatte in der Kulturszene:** In der Kulturszene Münchens wurde öffentlich über mögliche antisemitische Radikalisierungen und Vorwürfe der Einflussnahme durch öffentliche Gelder diskutiert. Hierzu liegen Medienberichte vor, die die Debatte um Antisemitismus in kulturellen Kontexten dokumentieren.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sachgerecht, die bestehenden Strukturen ergebnisoffen zu überprüfen und auf Grundlage einer fachlichen Bewertung durch die Verwaltung über die künftig sinnvollste Organisationsform zu entscheiden. Ziel muss es sein, eine Zuständigkeitsstruktur zu identifizieren, die sowohl der **Bedeutung des Antisemitismus** als auch den **verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus** gerecht wird und organisatorisch praktikabel ist.

• **Antisemitische Parolen und Volksverhetzung in öffentlichen Verkehrsmitteln:** Im Mai 2017 wurden in einem Linienbus in Neuhausen antisemitische, judenfeindliche Parolen von einer Gruppe junger Männer geäußert, die im gesamten Fahrzeug zu hören waren.

München, 10.03.2026

Für die CSU-Fraktion
Gudrun Piesczek